

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 2 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 25. April 1923.

Nr. 95.

Zwei Kritiker.

In der Liliengasse in Prag ist über unser Blatt lebhafter Anmut ausgebrochen. Um es uns ganz gründlich zu geben, hat man dort gleich zwei der deutschdemokratischen Federhelden gegen uns losgelassen, damit sie uns gehörig in die Schranken verweisen. So rechnet denn die „Bohemia“ in einem wutentbrannten Artikel mit uns wegen unserer Betrachtungen über die neueste Idee Lodgmans, die Schaffung einer „großen deutschen Einheitspartei“, ab, und in dem — wie drücken wir uns nach der Verleugnung der geistigen und parteipolitischen Zusammengehörigkeit der beiden Blätter nur aus? — also in dem der „Bohemia“ nahestehenden, wenn auch „unabhängigen“ „Montagsblatt“, laßt Herr Dr. Franz Vacher alle Fontänen der Ironie und seines überlegenen Geistes gegen uns spielen, weil wir seiner Sehnsucht nach Beseitigung des direkten Wahlrechtes eine, wie er meint, es „mit der Wahrheit nicht genau nehmende“ Würdigung gewidmet haben. Es handelt sich also um einen geradezu konzentrischen Angriff gegen uns, der den Eindruck machen könnte, als schlugen die Geistesgranaten nur so in uns hinein. Aber da wir die Dinger, mit denen wir beschossen werden, näher ansehen, merken wir, daß es doch nur „Frosche“ und andere knallende Feuerwerkskörper sind, welche die schwere Artillerie in der Liliengasse verschießt. Die Hauptjache scheint dort zu sein, daß es eben knallt.

Also der „Bohemia“ haben wir es angetan, weil wir den Froschmäusekrieg im deutschbürgerlichen Lager schilderten, der mit der Trennung in Aktivisten und Kampfgemeinschaftler anhub und den jetzt, da sie eine greuliche Regenjammerstimmung befallen hat, Lodgman und die Seinen durch die Gründung einer „großen deutschen Einheitspartei“ zu beendigen suchen. Die gebildete „Bohemia“ hält das für eine „schonddrige Einmischung“, wohl etwa so, wie wenn sich jemand in den häuslichen Streit zweier Eheleute einmengt. Wir könnten selbst von der Intelligenz der „Bohemia“ Leute annehmen, daß es ihnen bewußt ist, wie lächerlich sie sich machen, wenn sie Betrachtungen über die bei den Deutschbürgerlichen über Ziel und Richtung ihrer nationalen Politik herrschende heillose Konfusion für eine unbefugte „Einmischung“ hält, aber wir würdigen den Schmerz und die Wut des deutschdemokratischen Blattes darüber, daß ihre nationale Einheitsfronterei ein derart klägliches Ende genommen hat. Die nationale Einheitsfront ist ja doch geradezu ein Kind der „Bohemia“. Wie oft richtete sie an die deutschen Sozialdemokraten väterliche Mahnungen, der Einheitsfront beizutreten und wie oft mußte sie uns schelten, weil wir hartnäckig blieben gegenüber ihren Lockungen. Und nun mußte sie sehen, daß die Einheitsfront nicht einmal unter den deutschbürgerlichen Parteien zu erhalten war, vielmehr in einer solennem Keilerei endete. Das ist bitter und es muß sie mit Grimm erfüllen, da wir, ihre Empfindungen so wenig schonend, den Schwindel der deutschbürgerlichen Einheit aufzeigten. In der Wut über die „Einmischung“ — sie ist so vehement, daß der Artikelschreiber den Namen des Genossen Czech nur mehr tschechisch schreibt — erzählt das Blatt, daß wir „Mißerfolge auf Misserfolge“ häufen, und daß uns die Sorge leiden macht, wie wir „das nächstmal vor dem Urteil der Wähler bestehen werden“. Dir gesagt, liebe „Bohemia“! Die deutschdemokratische Partei würde glücklich sein, wenn unsere „Mißerfolge“ schon ihre Erfolge wären! Es ist mehr als drollig, wenn das Blatt einer Partei, die ohne fremde Krücken den Weg ins Parlament überhaupt nicht gefunden hätte und die nur wieder durch die „deutsche Einheitsfront“ hineingelangen kann, sich den Kopf über die „Sorgen“ einer anderen Partei vor Neuwahlen zerbricht! Daher denn auch die Liebe des Blattes für die „deutsche Einigkeit“, ohne die doch ihre Partei endgültig in die Rumpelkammer der Geschichte wandern müßte. So begreiflich ihre Empfindungen unter solchen Umständen sind, so wird das Blatt schon erlauben müssen, daß die deutschen Sozialdemo-

An die Arbeiter aller Länder!

Der Frieden Europas ist neuerlich in Gefahr. Der Krieg ist noch nicht da, aber es kann dazu kommen, wenn die international vereinigten Arbeiter dieser Gefahr nicht entgegenwirken.

Überall ist die Reaktion am Werke und sucht ihre Herrschaft zu festigen. Überall zeigt sich sozialer Rückschritt. Und die gleiche Tendenz ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wahrzunehmen.

Diktatur und Faschismus in allen Spielarten sind das Gepräge unserer Zeit. Beides Bewegungen, die auf den Untergang der Freiheit zielen.

Diese Situation hinzunehmen, würde heißen, eine sichere Verflabung in der Zukunft akzeptieren.

Es hieße anerkennen, daß von jetzt ab Gewalt und Unrecht, soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung über die Völker allein Macht haben sollen.

Es hieße, sich mit der Herrschaft brutaler Gewalt abfinden und Verzicht leisten auf eine Ordnung der Freiheit und menschenwürdiger Arbeit, die zu errichten Aufgabe der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt ist.

Wenn die Plutokratie der ganzen Welt, um ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu befestigen, die Rückkehr zu langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen anstrebt, die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit verlangt und die Wiederkehr jener Zeit, in der sich das Unternehmertum von Gottes Gnaden dünkte, dann fordern Pflicht und Interesse der Arbeiterschaft, dieses schändliche Vorhaben zu nichte zu machen und es zu beantworten mit einem Kampf für neue Freiheiten und ein besseres Dasein.

Die Befreiung der Arbeiter verlangt zunächst die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte, die da zu dienen sollen, neue zu erwerben. Gegenüber dem internationalen Zusammenschluß der Profitmacher und Ausbeuter muß die internationale Solidarität des organisierten Proletariats eine Tatsache werden.

Je dreister sich die Reaktion gebärdet, je kühner die Angriffe auf die freiheitlichen Ideen und die Würde der Arbeit werden, um so intensiver müssen sich die Massen zur Wehr setzen.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“ Das will heißen, daß die Arbeiter nur durch eigene Kraft und ihre eigenen Mittel, und nur durch diese allein, imstande sind, das entwürdigende Joch der modernen Lohnsklaverei abzuwerfen und durch neue moralische und materielle Erfolge ihre endgültige Befreiung vorzubereiten.

Der 1. Mai d. J. muß in entscheidender Weise der Welt das Erwachen des Bewußtseins der international organisierten Arbeiterklasse künden.

Die Räte der Gegenwart und die Gefahr neuer blutiger Konflikte müssen, weit davon entfernt, uns zu entmutigen, unsern Glauben im Gegenteil noch festigen und neue Begeisterung und Entschlossenheit wecken, um die Mächte der Finsternis und Unterdrückung endgültig zu besiegen.

Immer drohender werden diese Gefahren, und darum muß auch unsere Aktion eine immer energischer werden.

Nationalismus, Imperialismus, Militarismus wünschen ein neues Blutbad herbei, von dem sie sich ein neues Erwürgen der Völkerfreiheit versprechen.

Die Arbeiter aber wollen den Frieden, der die Arbeit von ihren Fesseln befreit, den Völkern ihre Unabhängigkeit sichern und eine bessere Zukunft vorbereiten soll.

Wäge der 1. Mai d. J. in überwältigender Weise diesen Willen kundtun, der sich auf Vernunft und Recht stützen kann. Und möge das Proletariat aller Länder an diesem traditionellen Tag der Arbeiterforderungen der Welt die unbezwingliche Macht der internationalen Solidarität der Arbeit demonstrieren.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

- J. S. Thomas (England), Vorsitzender.
- L. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), C. Mertens (Belgien), Bevollmächtigte.
- E. Fimmen, J. Ongecoest, J. Sakenbach, John W. Brown, Sekretäre.

kraten sie trotz ihrer „Mißerfolge“ nicht teilen, da sie von dem deutschbürgerlichen Wurfsessel wirklich eine Welt trennt, auch wenn die „Bohemia“ das Wort zwischen Gänsefüßchen setzt. Am pupigsten aber ist, wenn das Blatt dieser impotenten Partei auch noch zu — Drohungen übergeht: wir würden „nichts zu lachen haben“, wenn das, was wir als unmöglich hinstellen, zur Tatsache würde: das heißt, wenn die „große deutsche Partei“ entstehen würde. Wenn meine Tante Nader hätte, so wäre sie ein Omnibus! Wir begreifen, daß der „Bohemia“ und ihrer Partei der Mund nach der „großen deutschen Einheitspartei“ wässert, denn viel an Selbständigkeit hätte sie dabei nicht anzugeben. Aber auch wenn der halbe Traum Erfüllung finden würde: die „Bohemia“ kann es glauben, das „Lachen“ würde uns erst recht nicht vergehen!

Der zweite Unzufriedene mit uns ist Herr Dr. Franz Vacher vom „Montagsblatt“. Nicht etwa deshalb, weil wir von ihm mit Unrecht behauptet hätten, er wäre für eine reaktionäre Verschlechterung des Wahlrechtes eingetreten, nein, damit brüstet sich der deutschdemokratische Herr noch. Er fühlt sich nur beschwert, weil wir es angeblich „mit der Wahrheit nicht genau nehmen“. Wir hatten geschrieben, Herr Vacher, der Deutschdemokrat, hätte noch vor einem Jahre nicht gewagt, auch nur verdeckt für die Beseitigung des direkten Wahlrechtes zu schreiben. Das ist unrichtig, ruft Vacher,

der Held, und er beruft sich darauf, daß er schon zu einer Zeit, da unser Blatt noch „in den Windeln lag“ — Gott, wie geistreich! — über das „Anorganische im Parlamentarismus“ geschrieben habe. Wir geben also zu, daß wir nicht unter jenen waren, die sich daran „gewiß erinnern“ haben, was der Herr Vacher vor eineinhalb Jahren im „Montagsblatt“ schrieb, wobei wir zu unserer Entschuldigung anführen, daß uns die Schreibereien des Herrn Vacher nicht so aufregend erschienen, als daß wir jahrelang unser Gedächtnis damit beschweren würden. Wir gestehen auch zerknirscht ein, daß wir die demokratische Gesinnung des Herrn Vacher, als wir behaupteten, er hätte erst jetzt den Mut zur Bekennung seiner Wahlrechtsfeindschaft gefunden, sehr überschätzt haben. Wenn diese Konstatierung Herrn Vacher Freude macht, so wollen wir sie ihm gerne bereiten. Aber er wirft uns auch vor, wir hätten ihn beschuldigt, er sähe gern die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes, wo er doch nur der Beseitigung des direkten Wahlrechtes das Wort gesprochen habe. Wir würden gerne auch dies als Irrtum feststellen, wenn wir nur wüßten, was er sich unter der Beseitigung des direkten Wahlrechtes eigentlich vorstellt. Er will doch damit eine „Auslese der Fähigsten“ bewirken — wie soll dies Vachersche Ideal verwirklicht werden, wenn das Proportionalwahlrecht und das Listenwahlrecht aufrecht bleibt und nur die direkte Wahl entfällt? Es würden doch, auch bei indirekter Wahl durch Wahl-

Die Hezke gegen die sächsische Regierung.

Reichsregierung und Staatsgerichtshof sollen eingreifen. — Abkommandierung bairischer Faschisten nach Sachsen.

Von unserem Dresdener Mitarbeiter.

Das Programm der neuen sächsischen Regierung erfährt die schärfsten Anfeindungen durch die Bürgerlichen. In mehrere Tage dauernden Debatten richteten die Volksparteiler, die Deutschnationalen und auch die Demokraten im Landtage die schärfsten Angriffe gegen das neue sozialistische Kabinett. Natürlich sekundiert ihnen die ganze bürgerliche Presse Sachsens, ja ganz Deutschlands. Besonders ungestüm wird gegen den in Regierungsprogramm vorgezeichneten Selbstschutz der Arbeiterorganisationen, gegen deren Kontrollausausschüsse für das Wirtschaftsleben und gegen das in Aussicht genommene Arbeiterkammergesetz zu Felde gezogen.

Verblümt und unverbümt verlangen die Reaktionen aller Schattierungen wegen dieser Programmpunkte, die verfassungswidrig seien, das Eingreifen der Reichsregierung gegen die sozialistische Regierung in Sachsen, sogar mit Waffengewalt soll diese zur Raison gebracht werden.

Wegen der Aeußerung des Ministerpräsidenten Zeigner, daß die Beilegung des Ruhrkonfliktes „ohne ein großes Opfer der besitzenden Klasse nicht denkbar ist“, und wegen der sonstigen derben Wahrheiten in dessen Programmrede wird er in der schlimmsten Weise beschimpft und als „Volschweini“ hingestellt. Kein Wort aber findet das von der Sozialistenangst ergriffene Bürgergertum für das starke Bekenntnis der sozialistischen sächsischen Regierung zur Reichseinheit und zur Republik und gegen die von monarchistischen Motiven geleiteten faschistischen Treiberien in Bayern. Damit dokumentieren die Bürgerlichen, wie wenig ihnen an der Reichseinheit liegt und daß das Gerede von der „Einheitsfront“ nur Schaumflügelerei ist, die so lange betrieben wird, als man die Arbeiter im Abwehrkampf gegen die Franzosen braucht.

Die Hezke gegen die sächsische Regierung hat auch schon einige Erfolge gehabt. Auf dem demokratischen Parteitag in Magdeburg erklärte Reichsminister Defert: „Die Reichsregierung könne weder rechts noch links Selbstschutzorganisationen dulden. Alle Machtmittel müssen in den Händen des Staates liegen und müssen ein Vorgehen auch gegen links ermöglichen. Schwierigkeiten in dieser Beziehung liegen in Sachsen und Thüringen.“ Weiter wird über die Auffassung die in den Kreisen der Reichsregierung über das Verhältnis zwischen Berlin und Dresden herrscht gemeldet, daß die durch die Bildung des Ministeriums Zeigner geschaffene Lage die größte Aufmerksamkeit erheische. Eventuell sei gegen

männer, wieder nur die von den einzelnen Parteien aufgestellten Kandidatenlisten gewählt werden, wobei die Verschlechterung einträte, daß die Wahlmänner leichter der Korruption und Beeinflussung unterliegen würden. Herr Vacher scheint gar nicht zu wissen, daß die Beseitigung des direkten Wahlrechtes auch mindestens die teilweise Abschaffung des geheimen Wahlrechtes bedeutet, und da er eine „Auslese“ herbeiführen will, so ist kaum ein Zweifel, daß auch die Vernichtung des allgemeinen und allgemeinen Wahlrechtes auf den Wegen liegt, auf denen er hiebei den tschechischen Reaktionen folgt. Herr Vacher fühlt sich schließlich durch den Vorwurf gekränkt, er warte auf den tschechischen Staatsstreich, damit dieser die Verschlechterung des Wahlrechtes bringe. Nun, wie stellt er sich denn die Durchföherung des heute geltenden Wahlrechtes vor? Meint er, sie könne anders als durch einen tschechischen Staatsstreich bewirkt werden. Er möge noch so gekränkt tun, die Tatsache bleibt doch bestehen, daß er, der Deutschdemokrat, es war, der sich bemühte, diesem Staatsstreich das Wort zu reden. Wenn er seinem Artikel gegen unser Blatt daher den Titel gibt: „Ignoranz oder Demagogie“, so sei ihm versichert, daß uns die Fragestellung bei der Beurteilung seiner Ausführungen in keine Zweifel stürzt: seine Drehereien sind bei dies zugleich!

Schaffung von Selbstschutzorganisationen und Arbeiterkammern der Staatsgerichte anzuweisen.

Diese parteiische Stellungnahme der Reichsregierung stützt sich nur auf die Verleumdungen der bürgerlichen Presse und entspringt der Verärgerung über die unbedeutenen Feststellungen des Genossen Feigner, daß die Reichsregierung im Kampfe gegen den Faschismus verjage.

Wie die bayerische Putschgefahr auch von der Reichsregierung bewertet werden müßte, zeigt

eine Warnung des kommunistischen „Kämpfer“, der eine Mahnung an die sächsischen Erwerbslosen richtet, in der nach zuverlässiger Quelle berichtet wird, daß 60 Mann der bayrischen aktiven Nationalsozialisten nach Sachsen abkommandiert seien, mit der Aufgabe, unter den Erwerbslosen durch geschicktes, aber provokatorisches Auftreten Kravalle und blutige Zusammenstöße hervorzurufen.

So klingt die Musik, die von Bayern zu hören ist. Die Bürgerlichen und die Reichsregierung hätten also alle Ursache, diese gegen die Republik gerichteten Angriffe abzuwehren. Statt dessen regen sie sich in blinder Wut gegen geordnete und disziplinierte unbewaffnete Selbstschutzorganisationen der Arbeiter auf.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wienarsitzung.

203. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags. Unter dem Einlauf befindet sich der Regierungsantrag über den Sprachenunterricht an den Mittelschulen, das Gesetz über den gesetzlichen Markenschutz und der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Genossen Hillebrand, Dr. Czoch und Cermak auf Aufhebung der Todesstrafe.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet das Gesetz über das Erlöschen alter Forderungen und über die Gebühren-erleichterungen in der Slowakei und Karpathoruthland. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Abg. Ulrich und der des Budgetausschusses Abg. Dr. Englis empfehlen das Gesetz zur Annahme. Als einziger Debatterredner beschwert sich Abg. Dr. Vanovic (sch. Agr.) über die durch das Gesetz bewirkte Schädigung des slowakischen Advokatenstandes.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet der Regierungsantrag, durch den die Nationalversammlung die Dresdner Elbakte genehmigt. Diese Vorlage wird debattelos nach den Referaten der Berichterstatter des Verkehrsausschusses Abg. Votruba und des Außenausschusses Abg. Marek genehmigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 26. April, 1 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung: 1. Unerledigtes aus der gestrigen Sitzung; 2. Zweite Lesungen der gestern angenommenen Vorlagen und 3. Antrag der Abgeordneten Genossen Hillebrand, Dr. Czoch und Cermak, den Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe in geänderter Fassung zu vernehmen.

Außenauswurf.

In der gestrigen Sitzung des Außenausschusses erstattete Abg. Dr. Hnidel den Bericht über den Handelsvertrag mit den Niederlanden. Der Ratifikationsbeschluss wurde angenommen. Abg. Matysiewicz referierte über die Resolutionen, die die Zoll- und Handelsverträge mit Deutschland betreffend vom Abgeordnetenhaus bei der Beratung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich angenommen wurden.

Der Sprachenunterricht an den Mittelschulen.

Die von uns bereits angekündigte Regierungsvorlage nennt sich „Gesetz betreffend die Regelung des Unterrichtes in der Staatsprache, sowie in den Sprachen der nationalen Minderheiten an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten“ und hat folgenden Wortlaut:

Von „Kunden“ und der „Kunden“-Sprache.

Von Heinrich Präter.

Die Zeiten, wo der Handwerksgehilfe auf Wanderschaft ging, um sich in der Welt umzusehen, um Land und Leute kennen zu lernen und sich in seinem Berufe weiter auszubilden, sind längst dahin. Die gewaltigen Umformungen, die in unserem Wirtschaftsleben stattgefunden haben, und nicht zuletzt auch der verflorene Krieg mit all seinen Begleiterscheinungen und üblen Nachwirkungen, insbesondere der fast völlig aufgehobenen Freizügigkeit, haben den Handwerksburschen unmöglich gemacht. Das Wandern war nicht ganz so einfach. Es brachte viel Widerwärtigkeiten und Unangenehmes mit sich, besonders wenn die Wanderzeit von einer längeren Dauer war.

welch stammenden Augen sah man zum erstenmal eine Großstadt mit ihrem lebhaften Getriebe. Wie ging einem das Herz auf, wenn man an alte historische Stätten kam. Und wie frei und ungebunden fühlte man sich, wenn man im Gebirge umherkletterte. Nie hätte man es in seiner engen Heimat geglaubt, daß draußen die Welt so schön sei. Nach einem mehrjährigen Aufenthalt in der Fremde lehrte der Geselle, reich an Wissen und an Körper und Geist gesund in die Heimat zurück.

Die Handwerksburschen (Kunden) lebten ihr eigenes Leben und bedienten sich einer eigenen Sprache (Kundensprache). Hatte der Geselle „fremd gemacht“ (seine Arbeit beim Meister angekündigt), so sorgte er, daß seine „Flepp“ (Ausweispapiere) beisammen war. Dann wurde die „Luft“ (Kleidung) einer gründlichen Revision unterzogen. Die „Trittschen“ (Stiefel) mußten vor allen Dingen durabel sein, ebenso „Walmusch“ (Rock), „Beinlinge“ (Hosen) und die „Stäude“ (Gend). Ein derber „Stenz“ (Stod) war auch vonnöten, ebenso ein „Berliner“ (Ranzel). Maurer- und Zimmergesellen banden ihre Habseligkeiten, darunter das „Spizzeug“ (kleines Handwerkzeug) in einen „Charlottenburger“ (großes rotes Taschentuch) zusammen. In der Tasche noch einige „Booscher“ (Groschen), es wurde Abschied genommen und froh und wohlgenut ging es auf die „Walze“ (Wanderschaft). Hand man einen „Dusten“ (guten) Wandergesellen, desto besser, einen „Lunken“ (unsympathischen) suchte man bald wieder loszuwerden. Derselbe wurde bei der ersten sich bietenden Gelegenheit „verfetzt“. Kam man an ein „Raff“ (Dorf) heran, so wurde bei den ersten „Rasfern“ (Dorfseinswohner) sorgfältig sondiert, ob nicht ein „Dedel“ (Gendarm) im Orte sei. Der reitende Gendarm wurde „Klempners Karl“ genannt. Der Fußgänger hieß „Raascher“. Diese beiden Spezies führten auch sonst noch den Namen „Spiztopf“. War im „Raff“ „die Luft rein“ (keine Ge-

schied der Unterrichtssprache obligater Gegenstand.

§ 2. Die Sprachen der nationalen Minderheiten können an diesen Schulen entweder als obligater oder als unobligater Gegenstand gelehrt werden, insoweit nicht eine dieser Sprachen bereits als die Unterrichtssprache obligater Gegenstand ist.

§ 3. Der Minister für Schulwesen und Volkskultur hat festzusetzen, an welchen Schulen die betreffende, im § 2 bezeichnete Sprache zu lehren ist, und welchen Charakter im Sinne dieses feldes Paragraphen der bezügliche Gegenstand haben soll.

§ 4. Bei Durchführung dieses Gesetzes ist der Grundsatz zu beobachten, daß in höheren Klassen die bezügliche Sprache als obligater Gegenstand nur nach und nach einzuführen ist.

§ 5. Teilt ein Schüler aus wichtigen Gründen an eine Anstalt mit derselben Unterrichtssprache über, an welcher jedoch der Unterricht in den im § 2 bestimmten Sprachen in anderer Weise eingerichtet ist als an der Anstalt, an welcher er früher studiert hat, so kann ihm der Minister für Schulwesen und Volkskultur den Uebergang erleichtern, sei es durch Aufhebung der Aufnahmeprüfung aus der Sprache der bezüglichen nationalen Minderheit oder in berüchtigtenswerten Fällen durch Befreiung von der Teilnahme am obligaten Unterrichte in jener Sprache, welche er bisher nicht gelernt hat.

§ 6. Durch dieses Gesetz werden teilweise aufgehoben und ergänzt die §§ 12 und 13 des Landesgesetzes für Böhmen vom 13. September 1874, § 8 des Landesgesetzes für Mähren vom 4. Mai 1906, §§ 8 bis 10 des Landesgesetzes für Schlesien vom 8. August 1914 und §§ 29 und 30 des Gesetzes vom 2. Mai 1883.

§ 7. Sofern der Landtag von Karpathoruthland nichts anderes bestimmt, gilt dieses Gesetz auch für das Gebiet von Karpathoruthland.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit Beginn des Schuljahres 1923/24 in Wirksamkeit und wird vom Minister für Schulwesen und Volkskultur durchgeführt.

Das Warenmarkengesetz.

Das Gesetz, betreffend die Waren-Ursprungsbezeichnung, formuliert den Begriff der unrichtigen Waren-Ursprungsbezeichnung wie folgt: Unter unrichtiger Waren-Ursprungsbezeichnung im Sinne dieses Gesetzes ist jede Bezeichnung zu verstehen, welche geeignet ist, im Handelsverkehre die unrichtige Annahme hervorzurufen, daß die Ware, um welche es sich handelt, in einem bestimmten Orte, einer bestimmten Gegend oder im Gebiete eines bestimmten Staates erzeugt worden ist. Es ist nicht entscheidend, ob die unrichtige Bezeichnung sich auf der Ware selbst oder auf ihrer unmittelbaren Ausstattung oder auf Umhüllungen oder Gefäßen befindet, oder ob dieselben in Bezeichnungen, Aufschriften, Rundmachungen, Geschäftszirkularen, Preiskuranten, Rechnungen, Begleitdokumenten u. dgl. verwendet worden ist. Ebenso ist es nicht entscheidend, ob die unrichtige Bezeichnung direkt oder indirekt durch Wort und Bild gemacht wird. Unter Waren werden auch Produkte der Urproduktion, unter Erzeugung auch Zucht verstanden. Als unrichtige Ursprungsbezeichnung ist auch eine solche anzusehen, welche mit der Bezeichnung des wirklichen Ursprungs oder mit dem Ausdruck „Art“, „Type“, „Beschaffenheit“ oder mit irgendeinem anderen ähnlichen Ausdruck versehen ist, falls die Bezeichnung trotz dieser Zusätze geeignet ist, die oben angeführte Annahme hervorzurufen. Das Verzeichnis der angeführten Angaben (Benennungen) wird vom Handelsministerium geführt. Genauere Vorschriften darüber werden im Verordnungswege erlassen.

Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes kann auch gegen Verkäufer vorgegangen werden,

welche, falls sie die Waren, mit denen sie handeln, mit ihrem Namen oder ihrer Adresse versehen, nicht mit deutlichen Buchstaben die Angabe hinzufügen, in welchem Staatsgebiete, welcher Gegend oder welchem Orte die Ware erzeugt wurde, sofern durch diese Unterlassung im Handelsverkehre der Anlaß zu der angeführten unrichtigen Annahme gegeben ist.

Im Verordnungswege kann vorgeschrieben werden, daß bestimmte Warengattungen oder ihre Ausstattung (Umhüllungen, Gefäße) mit der ausdrücklichen Bezeichnung des Ursprungs versehen werden müssen, oder daß sie nur dann zum Verkaufe gehalten oder sonst in Umlauf gebracht werden können, falls sie mit der ausdrücklichen Bezeichnung des Ursprungs versehen sind.

Die tschechisch-lexikale Fronde.

In den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses bildete die Offensive der tschechisch-lexikalen gegen die Koalition im allgemeinen und gegen den Außenminister Viktor Benes im besonderen den Gegenstand allgemeinen Interesses. Bekanntlich hat die Volkspartei seit der Rückkehr des Ministers Sramel aus Rom ihre Haltung plötzlich geändert. Vor dieser Reise Sramels erklärten die „Lidove Listy“, das offizielle Organ der Sramelpartei, wiederholt, daß sich die Volkspartei durch nichts und niemanden dazu provozieren lassen werde, aus der Koalition auszutreten. Wörtlich schrieb das Blatt: „Die Volkspartei bleibt loyales Mitglied der Regierungsmehrheit; das Koalitionsprogramm ist nicht gebildet von einem Diktat, sondern von einem Kompromiß zwischen den Parteien.“ Allerdings, die Schreiberweise des vom Abg. Myslivec beherrschten Organs des Erzbischofs, „Cesky“, war von einem anderen Tone schon seit jeher getragen. Dieses Blatt war mit der zu „demokratischen“ Politik Sramels nicht einverstanden und schrieb sehr scharf gegen die Koalition.

Nach der Rückkehr des Ministers Sramel und der Bischofs aus Rom brachte das Zentralorgan der Volkspartei, die „Lidove Listy“ einen heftigen Ausfall gegen die Koalition aus der Feder des Generalsekretärs der Partei. Dieser Artikel, den wir gestern zitiert haben, war voll von Drohungen an die Adresse der Regierungsmehrheit. In dem Artikel wurde erklärt, daß die Lösung der Schul- und Kirchenfragen und auch die Bodenreform nicht von der Koalition genehmigt werden kann und daß die Volkspartei „wenn auch bereit sei, aus der Regierung und der Koalition auszutreten. In Koalitionskreisen wird bezweifelt, daß diese Drohung ernst gemeint war. Dem aber ist entgegengehalten ein Artikel des dem Ministerpräsidenten Svehla — der sich, unerbürgten Nachrichten zufolge, bereits in Prag aufhält — nachstehendem „Veser“, der sich in einem Artikel mit der tschechischen Fronde befaßt. Dieser Artikel trägt den Titel: „Die Volkspartei droht auf Befehl Roms mit dem Verstoßen der Regierungsmehrheit, mit dem Sturze der Regierung und dem Sturz des tschechoslowakischen Staates in Schwierigkeiten.“ Es heißt da unter anderem:

„Was die Durchführung dieser Drohung bedeuten würde, ist jedem klar. Die Regierung Svehla wäre gezwungen, die Demission zu überreichen, weil sie nicht die Mehrheit im Abgeordnetenhause hätte und der Staat müßte sich aus den Schwierigkeiten durch Neuwahlen helfen. In Rom rechnet man damit, daß die Volkspartei durch Neuwahlen gewinnen würde und daß sie dann größere Forderungen stellen könnte und die Wünsche Roms in der inneren Politik zur Geltung bringen könnte.“

Die Volkspartei versteht es also, wie aus dem „Veser“ ersichtlich ist, sehr gut, bei der Koalition Furcht zu wecken. Die Führer der

fahrt, so wurde „auf die Fahrt gestiegen“ (schien, betteln gegangen). „Stedten“ (gaben) die „Rassern“ gut, so wurde geschrien, „bis daß der Stod schwoigte“ (Haus für Haus nehmen). Der Gemeindevorsteher (Ortsvorsteher) und der „Schwarze Gendarm“ (Pfarrer) wurden in der Regel verschont, weil sie dafür bekannt waren, daß sie den „Kunden“ beim „Dedel“, „verpiffen“ (anzeigen). War man zur Mittagstunde im Orte, so hielt man bei den Leuten um einen „Pikus“ (Mittagessen) an. War man satt, so wurde um „Sanf“ (Brot) angehalten, das für den Abend reserviert wurde. Ab und zu gaben einem die Leute auch einige „Festigkeiten“ (Fleisch, Wurst). War Gefahr im Verzuge, so wurde „ein Hase gemacht“ oder man „zog Leine“ (dabonlaufen). Nicht selten lief uns ein „Speckjäger“ (alter Kunde, der nur von Dorf zu Dorf reist, selten eine Stadt berührt) in die Quere. Mit diesem hielt man sich nicht lange auf, sie wurden nicht mehr für voll und gleichwertig angesehen.

Rüstig ging es nun auf der Straße weiter, die Umgebung wurde betrachtet, und die Meinungen ausgetauscht. War die Gelegenheit günstig, wurde „schmal gemacht“. Das heißt, man sprach einzelne Personen, die man auf der Landstraße traf, um Animosen an. In der nächsten Stadt angekommen, ging man, wenn es die Tageszeit noch erlaubte, bei den „Krautern“ (Handwerksmeistern) „umschauen“ (nach Arbeit anfragen). War „Kunst“ (Arbeit) nicht vorhanden, so befam man vom „Krauter“ ein „Geschenk“ (Reiseunterstützung). Obgleich die „Junft“ (frühere Handwerker-Vereinigungen) aufgehoben war, sahen immer noch viele Meister streng darauf, daß man nach altem handwerkemäßigem Gebrauch „einwanderte“. Das heißt, daß man nur unter dem alten Handwerkspruch Einlaß in die Werkstatt befam. Jedes Handwerk hatte seinen eigenen, alten, von Generation zu Generation überlieferten Spruch

und wurde als strenges Berufsgeheimnis respektiert.

Jah will eine derartige Zeremonie, wie sie beispielsweise unter den Töpfern (Gastnern) üblich war, hier schildern. Bevor der Geselle die Werkstatt betrat, knöpfte er die drei obersten Knöpfe seines Rockes zu. Dann pochte er mit drei kräftigen Schlägen seines Stodes an die Werkstattdür. Von drinnen erscholl ein lautes: „rinn“ (herein). Der Geselle trat nunmehr forsch in die Werkstatt, die Tür hinter sich schließend, stellte sich links von der Türe auf, den Hut und Stod in der linken Hand haltend, und sagte: „Glück zu, Meister und Gesellen, Gott segne unser Handwerk.“ Der anwesende Meister und die Gesellen riefen gleichzeitig, wie aus einem Munde: „Willkommen!“ Nachdem sich der Meister die Hände gewaschen, bedeckte er sich mit seinem Hut oder Mütze, trat auf den eingewanderten Gesellen zu und reichte ihm die rechte Hand, die dieser ergriff. Der Meister fragte ihn: „Ein fremder Töpfer?“ „Gut, Vetter“, antwortete dieser. Der Geselle: „Nach Handwerks Gebrauch habe ich einen Gruß zu bestellen von Meister und Gesellen aus W.“ Also von dem Orte, von wo der fremde Geselle kam. Gleichzeitig mit dem Gesellen sprechend, antwortete auch schon der Meister: „Nach Handwerks Gebrauch und Gewohnheit sollst du bedankt sein von Meister und Gesellen in B.“ Diese Zeremonie wiederholte sich so oft, als Gesellen in der „Wude“ (Werkstatt) waren. Einem Unbeteiligten hätte dies gleichzeitige Gebrumme ein lautes Lachen entlockt, verstanden hätte er jedoch kein Wort, so schnell wurden Gruß wie Gegengruß gesprochen. Nunmehr schob der Meister dem „Fremden“ eine Bank oder einen Schemel hin und lud mit folgenden Worten zum Sitzen ein: „Zeh dich, Vetter!“ „Mit Erlaubnis“, sagte jener. „Ist schon erlaubt“, der Meister, und ein großes Hin- und Herfragen begann. Hatten sich beide Teile genügend informiert, so gaben der

Arbeitendes Volk, rüste zur Maifeier!

Volkspartei jedoch stellen die Sache selbst als viel harmloser dar. So teilte ein dem Stammefflügel Nahestehender mit das die Komreise des Ministers Stamel mit dem erwähnten Artikel der „Lidove Listy“ nichts zu tun habe.

Die Unzufriedenheit mit der Koalition, die er nicht leugnen wollte, sei eine spontan aus der Wählerschaft hervorgegangene Bewegung. Die tschechisch-meritalen Wähler seien unzufrieden, weil die Steuerfrage nicht zu ihren Gunsten gelöst sei.

Die Landwähler der Partei, besonders in Mähren, erklären, daß sie von Steuern, jetzt, da die Partei in der Koalition sei, ebenso überlastet wären, wie in der Zeit, da die Partei nicht in der Koalition war. Dazu kommt noch, daß die eben erschienenen Durchführungsverordnungen im Unterrichtswesen, besonders die Bestimmungen über den obligatorischen Unterricht der Latenmoral, die tschechisch-meritalen Wähler verstimmt haben. Die meritalen Parteimitglieder in Mähren erklären, daß sie, selbst wenn der Papst seine Zustimmung zur Einschränkung der Feiertage geben würde, diese Einschränkung nie praktisch durchführen würden. Auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Partei erklären sich für die Beibehaltung der Feiertage. Ueberhaupt fordern die Wähler, daß die Parteileitung keine weiteren Kompromisse in der kirchenpolitischen Gesetzgebung eingehe und es wird von der Führung der Partei gefordert, sie möge gegenüber den anderen Koalitionsparteien ein steiferes Rückgrat zeigen. Schließlich wurde uns erklärt, daß die Parteileitung bemüht sei, die Wählerschaft zu beruhigen und daß vorderhand daher von keiner Koalitionskrise gesprochen werden könne. Inwieweit es sich bei diesen Äußerungen nur um ein Manöver handelt, ist momentan noch nicht ersichtlich. Es ist jedenfalls auffällig, daß die Erregung der Wähler gerade im Momente der Rückkehr Stamels vor sich geht. Der Verdacht, daß es sich um eine bestellte Erregung handelt, ist nicht von der Hand zu weisen. Im übrigen wurde folgende parteiamtliche Kontumace der Tschechisch-meritalen ausgegeben:

Der Exekutivsausschuß der tschechisch-meritalen Volkspartei in Böhmen hielt am 23. April in Gegenwart von Abgeordneten und Senatoren der Partei eine Sitzung, in der eine Debatte über die politische Situation und über das Verhältnis und die Stellung des Präsidiums der Partei in der Regierungskoalition abgeführt wurde. Es wurden zahlreiche Beschwerden vorgetragen, in denen eine allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck kam. Die Beschwerden werden dem Klub der Abgeordneten zur weiteren Behandlung übermittlelt werden.

Inwieweit Minister Stamel selbst die Kampagne des rechten Flügels seiner Partei begünstigt, ist noch nicht ersichtlich. Mit dem Angriff der „Lidove Listy“ auf die Koalition war er jedoch nicht einverstanden: Man weiß ja, daß der Minister sofort nach Erscheinen des Artikels in die Redaktion der „Lidove Listy“ eilte und dort den Redakteuren heftig den Kopf wusch. Man kann also auf die Schreibweise der „Lidove Listy“ des nächsten Tages gespannt sein.

Meister und die Gesellen dem Fremden ein „Geschenk“. Der Fremde erhob sich von seinem Sitz mit den Worten: „ich werde steigen“ (gehen). Dann wurde der Abschiedsgruß gesprochen und trat nun der Fremde zuerst an den Meister und nachher an die Gesellen heran.

Der Abschiedsgruß lautete: „Nach handwerks Gewohnheit und Gebrauch sollst du bedankt sein für das Geschenk, und sollst du einmal zu mir kommen, so soll dir daselbe wiederfahren.“ Darauf der Meister und die Gesellen: „Daß keine Ursache zu danken, mußt schon mit dieser Kleinigkeit fürlieb nehmen, grüß andere Meister und Gesellen.“ Hierauf der Fremde: „Auf Wiedersehen.“ Die Gesellen: „Wach's gut!“

Nun wanderte der Geselle auf der Herberge ein, vom Vater (Herbergswirt) freundlichst begrüßt. War das Geschenk reichlich ausgefallen, so ließ sich der Fremde einen „Wachtmeister“ (Glas Schnaps) einreichen. Waren mehrere fahrende Gesellen zusammen, so trank man in der Runde einen „Mitteister“ (Bierglas mit Schnaps). Je mehr man verzehrte, desto freundlicher wurde der Vater. Die Herbergsmutter und die Schwester (Tochter des Wirtes) bemühten sich ebenfalls in der freundlichsten Weise um die fremden Gesellen. Florierte das Herbergsgeschäft, so hielt sich der Vater auch noch einen „Bize-Voh“ (einen fremden Gesellen, der die Obliegenheiten eines Hausnechts verfäh), der für Essen und Trinken arbeitete, selten noch bares Geld dazu erhielt. Hatte ein zugereister Geselle am Orte keine Meister, was bei einigen Berufen oft der Fall war, und verfügte er nicht über so viel, daß er das Nötige zum „Schlummerfies“ (Schlafgeld) hatte, so kam er in die unangenehme Lage, nach „Ladenstoßen“ (bei Nicht in offene Geschäfte zu betreten) gehen zu müssen. Vorher erkundigte er sich beim Vater, ob es auch nicht zu „heiß“ (gefährlich) im Orte sei, ob der „Ruh“ (Polizist) scharf sei und ob auch „Verbedte“ (Scheimpolizisten) vorhanden

Vor dem Weltfeiertag der Arbeit.

Bemerkungen zur Maifeier.

Die schaffende Menschheit läßt in diesen Tagen wiederum wohl von zehntausenden Vertrauensmännern in allen Teilen des rollenden Erdsternes das Fest der kämpfenden Arbeiterwelt vorbereiten.

Die Gestaltung der Maifeier ist ein Spiegel proletarischer Kraft, sozialistischer Geistigkeit. Im Gebiete des Alltages findet der Massenkampf die moderne Arbeiterschaft noch uneinig — die aufsteigende Sonne des ersten Mai Morgens haucht auf Stirn und Herz des Weltproletariates den Ruf der alle vereinigenden Sehnsucht: An diesem Tage fühlen die Enterteten und Erniedrigten beim Stillestehen der Räder und Flügel aller: wir sind trotz alledem und alledem Töchter und Söhne der selben Idee, Mütter und Väter der selben Zukunft.

In der großen Sinfonie des erdballumspannenden Maikampftages zeige die Arbeiterschaft jeder Rasse, jedes Volkes, jedes Staates, jedes Bezirkes bis hinein in die Millionen der kleinsten und verstecktesten Ortschaften die Art ihrer Feierybegabung, die Höhe ihrer Festtalente, das Maß ihrer Begeisterungsfähigkeit. Jedes Jahr bringe neue Erweise unserer Hingabe, neue Leistungen unseres innerlichen Aufschwunges. Wie wollen wir hier in diesem Staate diesmal das Maifest gestalten?

Einer neuen Sitte gilt es zum Durchbruch zu verhelfen: der Maispende. Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitglieder der freien Berufe, Beamte und Angestellte, die ihr den ersten Mai bezahlt bekommen, wir rufen Euch auf, das Einkommen dieses Tages der Partei zur Verfügung zu stellen. Legt Zeugnis ab, daß Euch gegenseitige Hilfe kein Lippenbekenntnis bedeutet. Freut es Euch nicht, Euer Opferbereitschaft auf die Probe gestellt zu sehen? Traget Euch ein in die Sammelisten der Maispende Eures Ortes. Sorgt, daß es alle tun, die der Beschluß des Reichsausschusses verpflichtet. Keine Organisation, die sich durch die Maispende der Nachbarorganisation beschämen ließe! Helft mit, daß die Opfersumme würdig wird unserer Stärke und unserer Ziele. Spüret

Tabak für die Armeec.

Die militärische Koalitionspolita beschloß gestern die Geschenktürse bezüglich der Versorgungsgegenstände und die Einrechnung der Dienstzeit der Gagisten im Wehrkomitee auszuarbeiten und beriet ferner über die Zuteilung von Tabak und Zigaretten an die Mannschaft. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat den

sein. Jeder Kunde hatte eine mächtige Angst vor dem „Verschüttgehen“ (Eingesperrtwerden). War man erst ein paarmal im „Rittchen“ (Polizeigefängnis) gewesen, so konnte es gar leicht passieren, daß man auf die „Winde“ (Vandarbeitshaus) kam. Unter einem halben Jahre gings dabei in der Regel nicht ab. Und wie viele, die von der „Winde“ kamen, litten, infolge der dort erduldeten hundertförmigen Behandlung, am sogenannten „Windenvogel“ (seelischer Depression). Ging nun alles gut, so sah man am Abend auf der Herberge quitschbergnügt zusammen. Mit großem Appetit wurden „Reuchfugeln“ (Pellkartoffeln) und ein „Schliesch“ (Hering) verzehrt. Erlebnisse wurden ausgetauscht, es wurde gesungen und musiziert und auch die Kleider und Schuhe ausgebessert.

Jedes Handwerk hatte seinen besonderen Namen. Der Töpfer hieß: „Kunst- und Elementendrescher, der Schlosser: „Ragenkopf“, der Metzger: „Kajoff“, der Kohnmeyer: „Fostenpeiter“, der Abbecker: „Scharfrichter“, der Schneider: „Etichler“, der Bäcker: „Lehmer“, der Spengler: „Sonnenschmied“, der Dachdecker: „Kirchturmspitzenvergolder“, der Schuhmacher: „Pflanzer“, der Müller: „Möller“, der Schmied: „Flammer“, der Tischler: „Hobeloffizier“ usw. Wenn der Vater sah, daß aus den Kunden nicht mehr viel herauszuholen war, rief er zum Schlafengehen auf. Wer noch über genügend Mittel verfügte und keine „Biencu“ (Käuse) hatte, konnte in einem mehr oder weniger guten Bett schlafen. Wer „Biencu“ hatte, mußte unweigerlich im Stall einen „Rauscher machen“ (auf Stroh schlafen). Wenn es nicht zum Bett langte und „biencufrei“ war, konnte für einen Groschen einen „Knader machen“ (in der Herbergstube oder in einem anderen Raum auf dem Tisch, der Bank oder auf dem blanken Fußboden schlafen). Die „Flepp“ (Ausweispaapiere) gab man vor dem Schlafengehen an den Vater ab, ebenso den „Tital“ (Uhr) und dergleichen. Am nächsten Morgen ging es früh aus der „Galle“ (Bett),

die Reime der Kultur, die in der Maispende noch verborgen, aber zur Bedung bereit ruhen.

Vergessen wir aber zugleich nicht, den Maiktag in unseren Reihen von den Lasten und Plattheiten kleinbürgerlichen Ungeschmacks freizuhalten. Erniedrigt ihn nicht zum Diener des Alkoholkapitales. Währet an diesem Tage die Lippen frei von Wein und Bier, geht an den Schänkstuben vorüber wie an Feinden, die Ihr verachten müßt. Gebt Euch, gebt Euren Frauen und Kindern das ermutigende Beispiel von Selbstzucht und Verantwortlichkeit! Lasset den Befreiungsgedanken dieser armen, aber doch noch zu beglückenden Menschheit nicht durch Trunk verlegen. Ermuntert einander, diesen Tag in der freudigeren Haltung edlerer Nüchternheit zu feiern. Fürwahr: der Menschheit Würde ist in Eurer Hand gegeben; sie ruht mit Euch, mit Euch wird sie sich heben. — Hebt sie!

Und endlich der Festzug durch die Straßen! Er: Herz und Sonne der Feiertage! Gestaltet ihn voll Schönheit, Farbenpracht und Bewegtheit. Wer mit uns in den Reihen marschiert, dem dröhne aus dem gelassenen Gleichklang der Schritte die Melodie der Zukunft. Dem Zuschauer wähle der Anblick Eures Ernstes Denken und Gewissens auf. An die Spitze stellet die Kinder! Jhretwillen Kampf und Sieg! Nach den Kindern die Frauen! Uns zur Mahnung, Männerhochmut schwinden zu lassen. Nun marschiert Ihr, Turner, auf, gestählt und trotzig, warnende Wehrhaftigkeit in jedem Muskel und Tritt. Und Rusit flinge. Der Maiwind umfächle Standarten und Fahnen. Von Türmen und Dächern lasset Fanfaren schmettern. Antwortet ihnen mit Chören der Freiheit. Die ganze Stadt legt in den Bann Eurer edelsten und dennoch kämpferischen Begeisterung. Sinkt der Abend, so finde er uns in Schauspielhäusern und Sinfoniekonzerten und hingerissen laßt uns aus den Worten und Tönen der unsrerlichen Geister das tiefste Erlebnis des Sozialismus schöpfen: die Verbundenheit unseres Entfaltungswillens mit dem Strahlenwillen des ganzen Weltalls.

Josef Luitpold Stern.

Vorschlag ausgearbeitet, den Militärpersonen Tabak und Zigaretten zum Regielostenpreis abzugeben, während das Finanzministerium aus finanziellen Gründen diesem Vorschlage seine Zustimmung noch nicht gegeben hat. Gegenwärtig schweben zwischen beiden Ministerien Verhandlungen.

schnell in die Kleider hinein und dann am Brunnen auf dem Hof zum Waschen. Waschschüsseln waren auf den meisten „Fennen“ (Herbergen) unbekannte Dinge. Man handhabte die Sache so: ein Kunde pumpie, während sich der andere wusch. Dann wurde, wer es sich noch leisten konnte, eine Tasse „Schunkelmeier“ (Kaffee) gekauft und getrunken, ein „Vorch“ (Semmel) dazu gegessen, vom Vater, Mutter und der Schwester Abschied genommen.

Mit frohem Mut und leichtem Sinn ging es weiter in die große unbekante Welt hinein. Auch die Kunst des Dichtens wurde von den Kunden geübt. Mancher Spottvers auf die Obrigkeit und Polizei ist entstanden, viele Wanderlieder sind produziert worden, doch das meiste davon ist, weil es nie gedruckt worden ist, verloren gegangen.

Ich will eines von diesen Liedern, bevor ich von den freundlichen Lesern Abschied nehme, nachstehend folgen lassen.

Mit dem Wanderstab wohl in der Hand, In dem kleinen Mecklenburger Land, Da hat sich eine Anzahl Kunden, So brüderlich zusammengefunden. Sie reisen, sie sechen und leben gar charmant In dem kleinen Mecklenburger Land.

Und in Mecklenburg da ist es wohl heiß, Wie jeder dufte Kunde wohl weiß. Die Deckel vom Dedelgeschlechte, Das sind gar niederträchtige Knechte. Sie machen uns mit dem Rittchen bekant, In dem kleinen Mecklenburger Land.

In Güstrow gibts Korrektion (Arbeitshaus), Dort sitzt so mancher Kunde schon. Dort sitzt auch der Sonnenbruder Ludwig, Seit einem Jahr schon und bessert sich. In dem kleinen Mecklenburger Land, Er reichte uns allen die Abschiedshand.

Inland.

Wieder eine Verleumdung durch den „Vorwärts“. Der Reichenberger „Vorwärts“ setzt sich in seinem gestrigen Leitartikel gegen den vom „Venkov“ gegen ihn erhobenen Vorwurf zur Wehr, das zwischen der Begnerenschaft der tschechoslowakischen Kommunisten gegen die Todesstrafe und der in Sowjetrußland geübten Praxis ein Widerspruch besteht. Wir würden in diese Auseinandersetzung zwischen „Vorwärts“ und „Venkov“ nicht eingreifen, wenn das kommunistische Blatt diese Gelegenheit nicht wiederum dazu benützte, die deutschen Sozialdemokraten zu verleumdern. Der „Vorwärts“ behauptet nämlich, daß sich die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei nur aus nationalen Gründen gegen die Todesstrafe erklären. In Wirklichkeit aber seien sie genau so wie die tschechischen Sozialdemokraten für die Todesstrafe als Mittel zur Bekämpfung der Revolution. Die Unterstellung von nationalistischen Gründen bei unserem Kampfe und bei unserem jüngsten Antrag für die Abschaffung der Todesstrafe ist an sich so haltlos, daß wir glauben, darauf nicht näher eingehen zu müssen. Wer der deutschen Sozialdemokratie, deren Programm seit altersher die Abschaffung der Todesstrafe als eine der unsittlichsten und inhumansten Institutionen fordert, hier nationalistische Beweggründe zu unterstellen versucht, wie dies der „Vorwärts“ tut, ladet auf sich nur den Makel niedrigster, verleumderischer Kampfmittel. Am Schluß seines Artikels bringt der „Vorwärts“ auch einen „Beweis“ dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie die Todesstrafe zur Bekämpfung der Revolution anwendet. Dieser klassische „Beweis“ des „Vorwärts“ lautet wörtlich:

„Die Wiener Sozialdemokraten, welche das Ideal unserer deutschen Sozialdemokraten sind, hatten nichts dagegen, daß am 15. Juni 1919 gegen revolutionäre Proletarier Todesurteile ohne viel gerichtliche Formalitäten einfach dadurch vollstreckt wurden, daß man in sie hineinschoß...“

Der „Vorwärts“ spekuliert hier auf die Vergeßlichkeit seiner Leser, denen der blutige Wiener Juni-Sonntag von 1919 vielleicht wirklich schon aus dem Gedächtnis entschwunden ist. Damals hatten die Wiener Kommunisten einen Butsch inszeniert, bei welchem sie mit der Polizei und der Stadtschubwache zusammengerieten. An dem Blutbad, das damals unter den demonstrierenden Arbeitern in Wien angerichtet wurde, trugen in erster Linie die Kommunisten selber Schuld. Die österreichische Regierung war schuldlos daran, daß die Wiener Polizei, die damals noch tief in den altösterreichischen Traditionen steckte, in die demonstrierenden Arbeiter hineinschoß. Es gehört die freche Stirn eines Vorwärtsjournalisten dazu, um die österreichische Sozialdemokratie und Friedrich Adler für die blutigen Vorfälle von damals verantwortlich zu machen, dessen revolutionärer Mut und Tatwillen turmhoch über dem verantwortungslosen Butschismus der Kommunisten erhaben ist. Die Lügen und Verleumdungen des „Vorwärts“ richten sich selbst; es existiert keine Niedertracht mehr, deren wir von dieser Seite nicht gewärtig sind.

Die Schulverhältnisse in Tschechisch-Schlesien. Durch die tschechische Presse geht augenblicklich ein Artikel des agrarischen Senators Lukes, der, ursprünglich im „Venkov“ erschienen, an vielen Zahlen zu beweisen sucht, daß es den Deutschen in der Tschechoslowakei besser ginge als früher den Tschechen in Oesterreich, daß also die verschiedenen Schulklassen der Deutschen nichts anderes seien, als agrarantische Ergüsse. Aber Senator Lukes unternimmt den Versuch an einem untauglichen Objekte, weil die von ihm angeführten Zahlen bei näherer Ueberprüfung nicht standhalten und ein anderes Resultat liefern als das von ihm angeführte; ganz davon zu schweigen, daß er die Quellen nicht angibt, woher er sein Material hat, und daß die Deutschen in Westschlesien in dem geschlossensten deutschen Siedlungsgebiet unserer Republik wohnen, hier also die Schulverhältnisse für sie natürlicherweise günstiger liegen müssen als für die zerstreuten tschechischen Minoritäten. Und nun zu den Zahlen über Volks- und Bürgerschulen. 1910 bekannten sich 43.9 Prozent der Bevölkerung zur Deutschen und 24.3 Proz. zur tschechischen Nation, 1917 besaßen die Deutschen 46.1 Proz. und die Tschechen 23.9 Proz. sämtlicher Schulen. Einer Benachteiligung der Tschechen mit 0.4 Proz. steht also ein Vorteil der Deutschen mit 2.2 Proz. Schulen gegenüber — sicher keine erschütternde Sache. Die Volkszählung vom Jahre 1921 ergab mit jenen Mitteln, die hier mehr einer Charakteristik bedürfen, 44.2 Proz. Tschechen, 37.2 Proz. Deutsche und 7.37 Proz. Ausländer — ein Bruchteil der Bevölkerung, der mindestens zu 70 Hundertteilen sich gleichfalls zum Deutschtum bekennt. Von öffentlichen Schulklassen aber (und was die Deutschen ganz aus eigenen Mitteln für Schulen aufwenden, geht Herrn Lukes nichts an) besaßen Ende 1920 laut einer amtlichen Statistik die Tschechen 46.5 Proz. und die Deutschen 38.8 Proz., einen tschechischen Vorteil von 2.3 Proz. steht also ein deutscher von 1.6 Proz. gegenüber, und der verringert sich bei Einrechnung der deutschen Kländer zu einem beträchtlichen Mi-

mus. Die vom Senator Dufes für 1922—23 beigebrachten Ziffern ergeben 47.1 Proz. tschechischer und 39.4 Proz. deutscher Klassen, also unter Einrechnung der Ausländer wieder eine Benachteiligung der Deutschen und eine Bevorzugung der Tschechen, die umso größer werden, als infolge der großen Zahl deutscher und die geringe Zahl tschechischer Privatschulen von seinen Anvätern nicht in Abzug bringt. Tut man das, so bedarf es gar keines Hinweises auf die deutschen Ausländer, um die offenkundige Vorfälschung der Tschechen im niederen Schulwesen aufzuzeigen. Und noch deutlicher ergibt sich dieses Resultat, wenn man die Verteilung in anderen tschechischen Gebieten, etwa im Ostteil und in Südschlesien unterfucht, wenn man auf die örtliche Lage der Schulen achtet, die viel mehr deutsche als tschechische Kinder zu weissenweissen Wegen zwingt, u. dgl. m. Nun sind wir, offen gestanden, gar keine Freunde solcher Nachrechnungen in Schuldingen, wir finden sie, wo es sich um die Erziehung künftiger Geschlechter handelt, eher kleinlich und gehässig, aber sie werden notwendig, sobald der Gegner sie als Agitationsmittel gegen uns benützt. Lasse man doch endlich die ewigen Reklamationen über Vergangenes bleiben und wende man sich entschlossen der Arbeit für die Zukunft zu! Eine Welt, die aus hundert Wunden blutet, hat das am dringendsten nötig, das erste Nahe- und Zukunftsgeheimnis vergisst nur die Lust und absorbiert Kräfte, deren man für positive Leistungen so dringend bedarf.

Immer wieder Niederlagen der Gelben. Die Deutschgelben hatten für Samstag in Neufassat eine Versammlung einberufen, in der Abg. Papelet sprechen sollte. Im Laufe des Samstag nachmittags wurde jedoch im Fenster des Versammlungssaales ein Plakat ausgehängt, auf dem zu lesen war: „Versammlung abgelehnt. Abg. Papelet am Erscheinen verhindert“. Trotzdem erschienen am Abend über sechshundert Arbeiter, sodas unsere Genossen die von den Gelben aufgegebenen Versammlung selbst durchgeföhrt. Nach einer unter stürmischen Beifall aufgenommenen Rede des Abg. Gen. Hillebrand wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiterschaft von Neufassat den Deutschgelben die schärfste Mißbilligung ausdrückt. — Ein für die Deutschgelben nicht minder niederschmetterndes Ergebnis hatte die von diesen am Sonntag nachmittags in Birkenhammer einberufene Versammlung. Neun Zehntel der Anwesenden waren Sozialdemokraten und so zogen es die Einberufer vor, überhaupt kein Präsidium wählen zu lassen. Als Redner war Abg. Papelet erschienen, der sich jedoch sehr vorsichtig ausdrückte. Von jubelndem Beifall begrüßt, hielt hierauf Gen. Hillebrand mit den Deutschgelben eine Abrechnung, wie sie diese seit Wochen in einer Versammlung nicht mehr erlebt hatten. Trostdem erdreistete sich Herr Papelet im Schlußworte, die Ermordung Kurt Eisners zu billigen und den Mörder der Revolution noch zu beschimpfen. Das war aber der Arbeiterschaft zu viel. Es kam zu ungeheuren Sturmszenen und nur mit Mühe gelang es den Vertrauensmännern, Herrn Papelet vor der Züchtigung zu bewahren. Während der Sturmszenen löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf und die Arbeiterschaft verließ mit dem „Liede der Arbeit“ den Saal. Als die Gendarmen, die man herbeigeordert hatte, ankamen, fanden sie den Saal bereits leer vor.

Gemeindevahlen in Rohbach. Bei den am Sonntag den 22. April in Rohbach durchgeföhrt Gemeindevahlen erhielten die deutschen Sozialdemokraten 716 Stimmen und 10 Mandate (im Jahre 1919 — 1178 Stimmen und 17 Mandate), die Kommunisten 250 Stimmen und 3 Mandate, die Nationalsozialisten 507 Stimmen und 8 Mandate (373 und 5), der Bund der Landwirte 287 Stimmen und 4 Mandate (290 und 4), die Gewerkepartei 367 Stimmen und 5 Mandate (238 und 4). Der Bezirk Tsch gehört zu jenen Bezirken, in denen die bedenkenlose Wählerarbeit der Kommunisten die größten Verwüstungen angerichtet hat. Auch dieses Wahlergebnis zeigt, das der Kampf der Roskauer ausschließlich gegen die Sozialdemokraten gerichtet ist. 250 Stimmen konnten sie für sich gewinnen, eine ebenso große Zahl von Wählern haben sie in das Lager der bürgerlichen Reaktion getrieben. Profitiert haben auch diesmal die Gelben, die ihre heutige Stärke ausschließlich den kommunistischen Freunden verdanken. Interessant ist, das die Kommunisten mit unserer Partei eine gemeinsame Liste aufstellen wollten und als ihnen dies nicht gelang, die beiden Listen wenigstens zu koppeln versuchten. Auch dieser Plan scheiterte an der Konsequenz unserer Rohbacher Genossen, die es verschmähten, mit den Spaltem der Arbeiterbewegung in einen gemeinsamen Wahlkampf zu gehen.

Die Errichtung des Staatsgerichtshofes. Nach einer Meldung der „Lidove Noviny“ aus Brünn wird der Staatsgerichtshof aus zwei sechsmitgliedigen Senaten bestehen. Die Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes soll in den nächsten Tagen erfolgen. Zum Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes wurde bekanntlich der zweite Präsident des Obersten Gerichtshofes Dr. J. Prouza und zu dessen Stellvertreter der Senatspräsident Dr. J. Kuzicka ernannt. Nach den Ernennungen der übrigen Mitglieder wird sich das Gericht wahrscheinlich noch im April konstituieren. Der Staatsgerichtshof wird nicht bloß in Brünn Recht sprechen. Wenn nötig, wird er auch in Prag, Pilsen und Olmütz amtierend. Nach den bisherigen Dispositionen würde das Staatsgericht die exekutive Richter Gewalt ungefähr im Juni aufnehmen.

Vorbereitungen für ein deutsches Angebot?

Besprechungen mit den Industriellen. — Heute Verhandlungen mit den Reichstagsführern.

Berlin, 24. April. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler empfing heute die Vertreter des Reichsverbandes der Industriellen, um die augenblickliche Lage mit ihnen zu besprechen. Sie erklärten, die Industrie sei auch heute wie im Januar schon bereit, sich der Regierung bei Ausarbeitung eines Reparationsprogramms zur Verfügung zu stellen und Garantien zu geben. Es bleibe abzuwarten, was sich die Industriellen unter Garantien vorstellen. In früheren Fällen, wie feinerzeit bei der Verwandlung der von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Goldanleihe in wertlose Papiere, haben sie sich nicht sehr verlässlich gezeigt. Mit Versprechungen ist nichts getan, nur gesetzliche Bindungen können die Garantien wirklich gewährleisten und zu einer definitiven Lösung der Reparationsfrage führen.

Eine Rede des Genossen Müller für ein deutsches Angebot.

Berlin, 24. April. (Eigenbericht.) Genosse Hermann Müller sprach gestern vor Berliner Funktionären über die Lage. Er betonte die Notwendigkeit einer definitiven Lösung des Reparationsproblems. Er erwähnte, das die

Engländer stark auf Hughes Vorschlag des internationalen Sachverständigenkomitees eingestellt seien. Ein deutsches Angebot werde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Notwendigkeit des Wiederaufbaues in gleicher Weise berücksichtigen müssen. Er schätzte die Zahlungssumme auf ungefähr 31 Milliarden Goldmark, wovon 26 Milliarden auf Frankreich entfallen sollten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei der Auffassung, das das Angebot von der jetzigen Regierung ausgehen müsse. — In der Diskussion ergab sich zwischen allen Teilnehmern der Konferenz vollste Uebereinstimmung mit diesem Programm.

Vor Ende der Woche kein Angebot zu erwarten.

Berlin, 24. April. (Eigenbericht.) Der gestrige Besuch des deutschen Botschafters in London und des englischen in Berlin scheinen Versuche zur Regelung der Reparationsfrage darzustellen. Morgen beginnen die Verhandlungen der Reichstags-Parcieführer. Vor Ende der Woche ist ein deutsches Angebot wegen des umfangreichen Verhandlungsmaterials nicht zu erwarten.

Wie die Industriellen die Mark „retten“.

Düsseldorf, 24. April. (Sabos.) Die Reichsregierung hat bisher quasi aus eigener Vollmacht den Industriellen erhebliche Kredite gewährt, die ihnen die Fortsetzung der Arbeiten und die Lohnauszahlung an die Arbeiter ermöglichen. Nun wurde eine strenge Verordnung über die Gewährung neuer Kredite dieser Art erlassen. Die Reichsregierung hat tatsächlich bemerkt, das diese Industriellen häufig die großen Kredite, die ihnen zur Disposition gestellt wurden, nicht zur Betriebserhaltung in den Unternehmen benutzten, sondern damit in fremden Devisen spekulierten. In Zukunft wird die Erlangung eines Kredites für die Industriellen sehr erschwert und sie werden genötigt sein, wann immer sich auszuweisen, für welchen Zweck sie das Geld, das ihnen zur Disposition gegeben wurde, benützt haben.

England läßt sich nicht auskoffen.

London, 24. April. (Sabos.) Baldwin erklärte im Unterhause, das die englische Regierung keinerlei Entscheidungen betreffend die Reparationsfrage, welche ohne ihre Beteiligung erfolgen, ihre Zustimmung erteilen werde.

1 Kč = 909 Mark.

Berlin, 24. April. (Eigenbericht.) Die Devisenhausse douert an. Das englische Pfund notierte heute 139.650, der Schweizer Frank 5496 und die tschechische Krone 909.

Berliner Arbeitsruhe am 1. Mai.

Berlin, 23. April. (Tsch. P.) Der Verband der Heizer und Maschinisten, hat beschlossen am 1. Mai unter Aufrechterhaltung der Notstandsarbeiten die Arbeit in Berlin ruhen zu lassen. Nur die lebenswichtigen Betriebe und öffentliche Gebäude sollen mit Licht und Kraft versorgt werden. Erst bei Einbruch der Dunkelheit soll die Arbeit wieder beginnen. Am 1. Mai wird der Berliner Straßenbahn- und Hochbahnverkehr lahmgelegt sein.

Loucheur über Deutschlands wirtschaftlichen Aufbau.

Paris, 24. April. (Tsch. P.) Im Zusammenhang mit seiner Rede in der Vereinigung französischer Kaufleute und Industriellen richtete Loucheur ein Schreiben an das „Journal Industrielle“, in dem er erklärt, er habe niemals gesagt, das Deutschland Anleihen aufnehmen müsse, um seine Produktion zu entwickeln. Nach seiner Auffassung werde Deutschland auf dem normalen Wege der Steuererhebung leicht einen Budgetüberschuß von fünf bis sechs Milliarden Goldmark haben, die für die Reparationen zu verwenden wären. Deutschland müsse einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielen, dessen Wert Frankreich zugeschrieben würde. Es müsse auf dem internationalen Markt Geld aufnehmen und zugleich von seinen Staatsangehörigen die Ablieferung ihrer Devisen fordern. Der Ertrag dieser Anleihen soll an die Alliierten abgeliefert werden. Um seine Produktion zu erhöhen, brauche Deutschland keine auswärtige Anleihe. Der Ueberschuß seiner budgetären Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben könne Deutschland leicht gestalten, sämtlichen im Innern erforderlichen Zahlungen gerecht zu werden. Gleichzeitig müsse es sich einen Ueberschuß in seiner Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande schaffen. Dazu werde es zu gleicher Zeit seine unnötige Einfuhr beschränken und die Ausfuhr nach der ganzen Welt erhöhen müssen. Loucheur betonte zum Schlusse, das er größten Wert auf wirtschaftliche Abmachungen lege, die nach Maßgabe des Möglichen nicht nur den wirtschaftlichen Status Frankreichs und Deutschlands, sondern ganz Europas zu regeln hätten.

Die Reaktion verlangt Versammlungsstich.

Berlin, 24. April. (Eigenbericht.) Der Reichstag setzte heute die Beratung des von den Bürgerlichen eingebrachten Gesetzesentwurfes gegen Versammlungssprengungen fort.

Genosse Vogel lehnte den Gesetzesentwurf ab, weil er dem Schutze reaktionärer Bestrebungen dienen würde und geißelte den Versammlungsterror der bayerischen Faschisten.

Als der deutschvölkische Abg. Henning den preussischen Minister Genossen Sebering angriff, kam es zu Lärmereien, so das er seine Rede nicht beenden konnte.

Der bayerische Gesandte Preger gestand die Nachlosigkeit der bayerischen Regierung ein. Genosse Paul Leby erwiderte ihm scharf und treffend und bewies, das Bayern sich in Rebellion gegen das Reich befinde.

Nach dem Justizminister erklärte Abg. Leicht (bayer. Volkspartei), das seine Partei gegen die nationalsozialistische Bewegung sei, weil die bayerische Volkspartei nicht revolutionär sei. Sie lehne es ab, sich von einem Oesterreicher (gemeint ist Hitler), in irgend eine Revolution hineintreiben zu lassen. Sie stehe auf dem Boden der Zugehörigkeit zum Reiche. Hierauf wurde von der sozialdemokratischen Partei beantragt, die Sitzung vor der Abstimmung über den Gesetzesentwurf zu vertagen, worauf sie gemeinsam mit den Kommunisten den Saal verließen. Da das Haus beschlußunfähig ist, wurde vom Präsidenten eine Abend Sitzung anberaumt, in der beschlossen wurde, die Fortsetzung der heute abgebrochenen Beratung über die Vorlage, betreffend die Sprengung von Versammlungen an die Spitze der morgigen Tagesordnung zu setzen.

Die tschechoslowakischen Repressalien gegen Ungarn

Wien, 24. April. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung sprach Apponyi über die tschechischen Repressalien gegen Ungarn. Er erklärte, das es aufsehenerregend sei, das die Verbände halten müßten und solche, die dazu nicht verpflichtet wären. Die tschechische Regierung verlange eine Genehmigung noch vor dem Schiedspruch der neutralen Kommission. Die ungarische Regierung sei auf dem Standpunkte, das sie für den Zwischfall nicht verantwortlich sei.

Budapest, 24. April. In der Nationalversammlung erklärte der Minister des Äußeren Daruvarb, die Grenzwirtschaftsfälle, die heute vorkommen können, brauchen bei objektiver Behandlung nicht zu politischen Konsequenzen zu führen. Die ungarische Regierung hat aus Anlaß der jüngsten Grenzwirtschaftsfälle der tschechoslowakischen Regierung den Antrag gestellt, die Angelegenheit durch eine gemischte oder internationale Kommission prüfen zu lassen und hat im voraus die Geneigtheit bekundet, sich der Entscheidung dieser Kommission zu unterwerfen. Sollte auf ungarischer Seite ein Fehler begangen worden sein, so wird ihn die Regierung abgeben, vorausgesetzt, das auch die tschechoslowakische Regierung ähnliche Verpflichtungen übernimmt. Die ungarische Regierung setzt voraus, das auch die tschechoslowakische Regierung eine Sicherung des friedlichen Zusammenlebens der Staaten im Donaubekken anstrebt, unsonst, als von sehr hoher tschechoslowakischer Seite Erklärungen abgegeben wurden, das die Tschechoslowakei eine friedliche Politik verfolgen wolle. Der Redner habe soeben ein Telegramm erhalten, das die tschechoslowakische Regierung den ungarischen Vorschlag annehme, jedoch die Retorsionsmaßnahme aufrecht erhält. Das ist offenbar ein sehr unfreundliches Vorgehen, denn die Maßnahme steht in keinem Verhältnis zu dem Zwischenfalle.

Die Not in Wien.

Arbeitslosendemonstration.

Wien, 24. April. (Tsch. Pr.-B.) Heute vormittag hat sich im Parlamente eine Abordnung des Zentralkomitees der Arbeitslosen eingefunden, die bei den Führern der bürgerlichen Parteien die Wünsche der Arbeitslosen vortrug. Vor dem Parlamente waren zu gleicher Zeit etwa 1000 Arbeitslose im geschlossenen Zuge aufmarschiert. In dem Demonstrationzuge wurden rote Fahnen getragen. Die Abordnung der Arbeitslosen sprach zuerst im christlichsozialen Klub und sodann bei der großdeutschen Vereinigung vor. Gegen 1 Uhr zogen die Arbeitslosen vom Parlamente wieder ab. Im Parlamente ist es bisher nicht gelungen, in der Frage der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zwischen der Opposition und den Mehrheitsparteien zu einem Einvernehmen zu gelangen und die Sozialdemokraten scheinen einen gewissen Druck ausüben zu wollen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Situation erfährt auch dadurch eine Verschärfung, das die Sozialdemokraten die rechtzeitige Erledigung eines einmonatigen Budgetprovisoriums von der Vereingung der Arbeitslosenfrage abhängig machen.

Demonstrationsstreik der Straßbahner.

Wien, 24. April. Die Straßbahnenbediensteten deren Lohnverhandlungen mit der Gemeinde Wien bisher noch zu keinem Ergebnis geführt haben, veranstalteten heute um die Mittagsstunde einen Demonstrationstreik in der Dauer von fünf Minuten, der einen Stillstand aller auf der Straße befindlichen Wagen zur Folge hatte. Wie veranlet beabsichtigen die Straßbahner dieser Demonstration die passive Resistenz folgen zu lassen.

Legitimistisches aus Oesterreich.

Wien, 24. April. Am Pfingstmontag, den 21. Mai veranstaltet die Partei der schwarzen Legitimisten beim Euentenplatz auf dem Friedhofe von Aspern eine große Gedenkfeier, zu der die Parteianhänger aus ganz Oesterreich erscheinen sollen. Die Feier wird als eine große Kundgebung des legitimistischen Gedankens gedacht.

Generalkstreik der rumänischen Staatsbeamten.

Bukarest, 23. April. Die sich in der letzten Zeit über das ganze Land erstreckende, eine Erhöhung der Gehälter bezweckende Bewegung der Staatsbeamten und Angeestellten hat gestern in der Proklamierung des Generalkstreikes in einer von über 500 Delegierten besetzten Versammlung ihren Höhepunkt erreicht. Die Regierung hat infolge dieses Beschlusses die Verhaftung der Führer der Bewegung wegen ungesetzlicher Handlungen angeordnet. Heute ist ein beträchtlicher Teil der Staatsbeamtenerschaft tatsächlich in den Streik getreten. Namentlich haben die Gerichte ihre Tätigkeit eingestellt. Die städtischen Beamten erschienen nicht in den Büros. In den anderen Ämtern wird einseitigen noch gearbeitet, doch hat in einigen Ministerien bereits die passive Resistenz eingesetzt. Der Ministerrat hielt vormittags eine Sitzung ab und beschloß, ein Kommuniquée herauszugeben, in welchem der Streik als ungesetzlich erklärt wird. Die streikende Beamtenschaft wird deshalb entlassen und vor Gericht gestellt werden. Die Regierung verurteilt die Streikaktion unsonst, als sie außer 1.5 Milliarden Lei zur Besserung der materiellen Lage der Beamtenschaft noch weitere 500 Millionen Lei zur Erhöhung der Beamtengehälter bestimmt hat und das Parlament sich gerade über das beantragte Beamtentatut äußern soll.

Neuerliche Demission Basic.

Belgrad, 24. April. Infolge des Auftauchens von Schwierigkeiten bei Feststellung des Regierungsprogramms des zu bildenden Koalitionskabinetts legte Basic das Mandat für die Kabinettsbildung nieder. Der König ist indessen auch weiter bestrbt, die Schaffung eines Koalitionskabinetts zu ermöglichen.

Großer Wahlerfolg der bulgarischen Regierung.

Sofia, 24. April. Der eigentliche Wahlsieg verlief im ganzen Lande ohne besondere Zwischenfälle. Die Regierung, die von 246 Mandaten mehr als 200 gewann, hat einen ungeheuren Wahlerfolg zu verzeichnen. Eine derartige Zahl von Mandaten hat selbst Stambulow nie im Wahlkampf erreicht. Es scheint, das auch die Regierungstreife selbst im ersten Augenblicke von der Größe des Wahlerfolges überrascht waren. Einige Ergebnisse vom Lande sind noch nicht bekannt. Die Bedeutung der Wahlen im Ganzen wird sich erst nach der Zählung der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen beurteilen lassen.

Wahlen in Spanien.

Madrid, 23. April. Ueber das Ergebnis der gestrigen Kommunalwahlen in Spanien liegen heute folgende Zahlen vor: Gewählt sind: Ministerielle 85, Konservative 38, Republikaner 4, Sozialisten 1, Anhänger Mauras 3, kleinere Parteien 12.

Austritt der Popolari aus der Regierung.

Rom, 24. April. (Sabos.) Mussolini hat den Austritt der der Volkspartei angehörenden Minister angenommen.

